

Interfraktionelles Postulat AL/PdA, SP/JUSO, GB/JA (David Böhner, AL/Matteo Micieli, PdA/Barbara Keller, SP/Paula Zysset, JUSO/Franziska Geiser, GB/Anna Jegher, JA): Steigende Energiekosten: Überprüfung der Unterstützung für subventionierte Kulturinstitutionen und gemeinnützige Vereine; Fristverlängerung

In der Stadtratssitzung vom 30. Mai 2024 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

Dem Gemeinderat wird folgender Prüfauftrag erteilt:

Im letzten Jahr sind die Preise für Strom und Gas massiv gestiegen. Nicht nur viele Privathaushalte und Gewerbebetriebe leiden unter diesem Preisanstieg, auch verschiedene Kulturinstitutionen und gemeinnützige Vereine, die einen Leistungsvertrag mit der Stadt Bern abgeschlossen haben, bereiten die gestiegenen Energiekosten Mühe. Sie sind gezwungen entweder Leistungen abzubauen, die Preise zu erhöhen, oder geraten in finanzielle Schieflage.

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat gebeten:

1. Abzuklären, welche Konsequenzen die erhöhten Energiepreise für die einzelnen Kulturinstitutionen und gemeinnützigen Vereine mit Leistungsvertrag mit der Stadt Bern haben, und ob sie ihre Verpflichtungen, welche in ihren Leistungsverträgen vereinbart worden sind, trotz den erhöhten Energiekosten noch erfüllen können.
2. zu prüfen, ob dem Stadtrat ein Kredit zu unterbreiten sei, damit diejenigen Kulturinstitutionen und Quartiervereine, die aufgrund der höheren Energiepreise in finanzielle Schieflage geraten sind, unterstützt werden können.

Wird für den Vorstoss Dringlichkeit verlangt? Ja

Kurze Begründung:

Als die Leistungsverträge mit den Kultur- und Quartiervereinen verhandelt wurden, war noch nicht klar, dass die Energie- und Nebenkosten derart steigen werden. Deshalb wurde es versäumt, diese in den Leistungsverträgen zu erhöhen. Einige Institutionen sind dringend auf zusätzliche Unterstützung angewiesen, und können nicht jahrelang warten, bis die Leistungsverträge erneuert werden. Sie müssen darum einen Leistungsabbau vornehmen und können unter Umständen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen oder sie geraten in finanzielle Schieflage.

Bern, 14. September 2023

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Erstunterzeichnende: David Böhner, Matteo Micieli, Barbara Keller, Paula Zysset, Franziska Geiser, Anna Jegher

Mitunterzeichnende: Laura Binz, Nora Krummen, Michael Sutter, Lena Allenspach, Johannes Wartenweiler, Bettina Stüssi, Chandru Somasundaram, Halua Pinto de Magalhães, Dominic Nellen, Nicole Silvestri, Timur Akçasayar, Nora Joos, Sofia Fisch, Lukas Wegmüller, Fuat Köçer, Barbara Nyffeler, Anna Leissing, Katharina Gallizzi, Jelena Filipovic, Seraphine Iseli, Lea Bill, Vanessa Salamanca, Ursina Anderegg, Mahir Sancar, Eva Chen, Raffael Joggi

Bericht des Gemeinderats

Das Postulat fordert den Gemeinderat dazu auf, die Konsequenzen der erhöhten Energiepreise für die einzelnen Kulturinstitutionen und gemeinnützigen Vereine mit Leistungsvertrag mit der Stadt Bern abzuklären und zu prüfen, ob sie ihre mit der Stadt ausgehandelten Leistungen noch erfüllen können.

Die Energiepreise unterliegen wesentlichen Schwankungen. Die Preissteigerung, ausgelöst durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine, ist wieder abgeflacht. Seit den Vertragsverhandlungen mit den Kulturinstitutionen im Oktober 2022 sind die Gas- und Erdölpreise per Januar 2025 gesunken, die Elektrizitätskosten hingegen gestiegen.

Der Gemeinderat will mittels einer Umfrage bei den betroffenen Institutionen klären, wie stark ihre Energiekosten in den letzten drei Jahren gestiegen sind und welchen Anteil diese Kostensteigerung im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der Institutionen ausmacht. Auf Basis dieser Fakten soll beurteilt werden, ob die hohen Energiekosten bei den einzelnen Institutionen eine Leistungserbringung erschweren und falls dies der Fall sein sollte, welche weiteren Massnahmen allenfalls ergriffen werden müssten.

Da die Nebenkostenabrechnungen der letzten zwei Jahre teilweise noch nicht bei den Institutionen eingegangen sind, konnten die nötigen Daten noch nicht erhoben werden. Zudem sollen aufgrund der schwankenden Preisentwicklung für eine definitive Beurteilung auch die Abrechnungen vom ersten Halbjahr 2025 einbezogen werden.

Der Gemeinderat beantragt deshalb eine Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts zum vorliegenden Postulat bis 30. April 2026.

Folgen für das Personal und Finanzen

Keine

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Interfraktionellen Postulat AL/PdA, SP/JUSO, GB/JA (David Böhner, AL/Matteo Micieli, PdA/Barbara Keller, SP/Paula Zysset, JusO/Franziska Geiser, GB/Anna Jegher, JA): Steigende Energiekosten: Überprüfung der Unterstützung für subventionierte Kulturinstitutionen und gemeinnützige Vereine; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis zum 30. April 2026 zu.

Bern, 4. Juni 2025

Der Gemeinderat